

25-jähriges Jubiläum: Fachgespräch der Delegationen zu Sparkassenthemen im AdR

Am 28. November 2017 besuchten die zum 25-jährigen Jubiläum des Europabüros der bayerischen Kommunen angereisten Delegationen des Bayerischen Gemeindetages, des Bayerischen Städtetages, des Bayerischen Landkreistages, des Bayerischen Bezirkstages und des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands den Ausschuss der Regionen (AdR). Zum Thema „Die zukünftige Rolle der lokalen und regionalen Banken in Europa“ tauschten sich die zahlreichen angereisten Kommunalvertreter vor dem Hintergrund zweier informativer und fachlich hochwertiger Vorträge aus, welche von Herrn Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der EU-Kommission, und Herrn Georg J. Huber, Leiter der EU-Repräsentanz des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), gehalten wurden.

Kohäsionspolitik entscheidender Schwerpunkt für die EU

Als Hausherr hieß Herr Dr. Jiří Buriánek, Generalsekretär des [AdR](#), die Veranstaltungsteilnehmer herzlich in den Räumlichkeiten des AdR willkommen und nutzte die Gelegenheit, die Kohäsionspolitik als wesentlichen und entscheidenden Schwerpunkt der EU aus Sicht des AdR darzustellen. Um auch über das Jahr 2020 hinaus ein solidarisches Europa gewährleisten zu können, müssen alle Akteure an einem gemeinsamen Strang ziehen. Die vom AdR ins Leben gerufene „[Allianz für die Kohäsionspolitik](#)“ (vgl. *Brüssel Aktuell* 21/2017) soll genau diesen Zweck erfüllen. Die kommunalen Vertreter wurden daher aufgefordert, die Allianz zu unterstützen. Der Entwurf des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), welcher im Jahr 2018 durch die Kommission vorgelegt werden soll, werde richtungsweisend sein und schlussendlich zeigen, wie es mit der Kohäsionspolitik in künftigen Jahren weitergehen wird.

Auch auf die aus der Bankenunion (zuletzt *Brüssel Aktuell* 35/2017) und der Kapitalmarktunion (zuletzt *Brüssel Aktuell* 38/2017) bestehende Finanzunion nahm der Generalsekretär des AdR Bezug.

Europabüro als Garant für die Interessenwahrnehmung auf europäischer Ebene

Bereits seit 1992 vertritt das Europabüro der bayerischen Kommunen deren Interessen auf europäischer Ebene und verschafft ihnen so Gehör. Frau Christiane Thömmes, Leiterin des Europabüros, dankte zunächst Herrn Dr. Buriánek und dem DSGV für ihre Unterstützung und verdeutlichte sodann vor allem die Wichtigkeit der Wahrung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts durch die EU. Entsprechend des in diesem Monat veröffentlichten [Herbstpakets des Europäischen Semesters](#) seien auch die Investitionen der Kommunen von großer Wichtigkeit. Den aktuell für Deutschland bemängelten Investitionsstau gelte es zu beseitigen. Die Sparkassen vor Ort stünden dabei nicht nur den Kommunen zur Seite, sondern stärken auch die Unternehmen und nehmen ebenfalls eine Vermittlerrolle für EU-Programme ein. Frau Thömmes verdeutlichte weiterhin die Notwendigkeit eines besseren Sparschutzes und des Aufbaus von Vertrauen in den Finanzsektor, was auch zu einer Investitionssteigerung beitragen würde. Sie wies darauf hin, dass verhältnismäßige und angepasste Regelungen für kleinere und risikoarme Banken erforderlich seien. Die Europäische Regulierung und Aufsicht müsse bei ihren Vorgaben besser nach Risikogehalt, Geschäftsmodell und Größe differenzieren.

Große Bedeutung einer Bankenunion für Europa

Der Vizepräsident der Kommission, Herr Valdis Dombrovskis, wies auf die Wichtigkeit einer funktionierenden Finanzunion hin. Besonders wichtig für die EU gestalte sich dabei der Bankensektor, der mit seinen grenzüberschreitenden Bankinstituten, aber auch mit den kleinen, regionalen Banken einen Großteil der Arbeitsplätze finanziere. Das Hauptaugenmerk des [Herbstpakets des Europäischen Semesters](#) liege dabei auf der Förderung von Investitionen, Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Fiskalpolitik. Obwohl eine finanzielle Stabilität gegeben und Banken sowie die Wirtschaft stärker seien, verblieben gewisse Probleme, welche es zu lösen gelte. Einige Teile der regulatorischen Agenda für die Zeit nach der Krise seien noch umzusetzen und auch die finanzielle Integration und die private Risikoverteilung über alle Mitgliedstaaten müsse noch verbessert werden. Der Fokus der Kommission liege daher aktuell erstens auf der Umsetzung des Bankenpakets, das nicht nur gemeinsame Regeln, Internationale Standards und Maßnahmen zur erleichterten Abwicklung auch

systemrelevanter Banken sondern auch Anpassungen im Hinblick auf ein besseres und schnelleres Wachstum enthält. Dazu gehört u. a. die Steigerung der Verhältnismäßigkeit durch Reduzierung und Vereinfachung von Pflichten gerade für kleinere Banken sowie die Erleichterung von Investitionen durch Banken in die Infrastruktur. Zweitens versuche die Kommission Bestandsrisiken, insbesondere durch faule Kredite, zu reduzieren. Ein Maßnahmenpaket hierzu werde im Frühling veröffentlicht. Drittens arbeite man daran, die Bankenunion zu vollenden. Vizepräsident Dombrovskis äußerte zwar Bedauern, dass die Fortschritte bei der dritten Säule der Bankenunion, nämlich das Einlagenversicherungssystem (EDIS), zunächst gering gewesen seien. Er sei jedoch zuversichtlich, dass mit dem neuen, schrittweisen Vorschlag der Kommission bald ein Durchbruch erzielt werden könne.

Auf Frage des Aschaffenburgers Landrats, Herrn Dr. Ulrich Reuter, ob Herr Dombrovskis der Meinung sei, dass die Kommission tatsächlich genügend Rücksicht auf kleine Bankinstitute nehme oder nicht vielleicht sogar eine strukturelle Bevorzugung von Großbanken vorliege, antwortete dieser, dass der Kommission durchaus bewusst sei, dass zur Stärkung der Verhältnismäßigkeit gerade für kleinere Banken gewisse Vereinfachungen notwendig sind. Dieser Punkt wäre auch im **Kommissionsgedanken** vorhanden. Mit dem im Jahre 2015 veröffentlichten Vorhaben zum Einlagenversicherungssystem (EDIS) habe die Kommission einen ersten Vorschlag unterbreitet, wobei ein Fortschritt der weiteren Verhandlungen eher schleppend verlaufe. Man erwarte nun hierzu den Bericht des Parlaments. Zusätzlich wäre ebenfalls die Position des Rates abzuwarten. Ob sich die von Herrn Landrat Dr. Reuter genannte [Skepsis aus Deutschland](#) dann tatsächlich bestätigen wird, gelte es abzuwarten.

Stärkung und Unterstützung der lokalen und regionalen Banken

Auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ([DSGV](#)), vertreten durch den Leiter der EU-Repräsentanz, Herrn Georg J. Huber, ließ es sich nicht nehmen dem Europabüro zum 25-jährigen Bestehen zu gratulieren und bedankte sich für die stets gute Zusammenarbeit. Gemeinsam mit dem Europabüro wurden bereits viele Erfolge erzielt, indem die in Bayern bestehenden öffentlich-rechtlichen Strukturen auf EU-Ebene erläutert und vertreten wurden. Im Zusammenhang mit der Europäischen Bankenunion machte er dabei deutlich, dass ein grenzüberschreitender Kapitalverkehr zwar wichtig sei, allerdings auch die Notwendigkeit bestünde, lokale und regionale Banken zu stärken und diese zu unterstützen. Hierfür nannte er drei Ansatzpunkte, die es aus Sicht des DSGV zu bedenken und zu beachten gelte. Im Rahmen der Verhältnismäßigkeit sollten inhaltlich abgestufte Regulierungen vorgenommen werden. Die Reduzierung von Offenlegungspflichten kleinerer Banken und flexiblere, nicht an die Bilanzsumme anknüpfende Schwellenwerte würden dabei ein umsetzbares Maß für administrative Vorgänge darstellen. Weiterhin nannte er das zweistufige Aufsichtssystem für Banken mit der Einbeziehung der EU- sowie der nationalen Ebene als im deutschen Interesse erhaltenswert. Die EU plant in diesem Zusammenhang aktuell den Ausbau der [Europäischen Finanzaufsichtsbehörden](#) (European Supervisory Authorities; ESA) zu einer zentralisierten Aufsicht (vgl. *Brüssel Aktuell* 39/2017). Auch plädierte er für die Beibehaltung des bisherigen Einlagenversicherungssystems. Seiner Ansicht nach sollten deutsche Sparer nicht für die finanziellen Probleme anderer Staaten herangezogen werden dürfen.

Als verlässlicher Partner für Kommunen und Unternehmen möchten sich die Sparkassen zukünftig noch stärker auf den demographischen Wandel einstellen und gleichbleibende Lebensbedingungen in Stadt und Land durch Kostenreduzierung fördern.

Fazit zur Veranstaltung

Das Europabüro der bayerischen Kommunen bedankt sich ganz herzlich bei den Rednern für ihre ausgezeichneten Vorträge und ihre Unterstützung bei der Veranstaltung. Teilnehmer waren sich einig, dass die Veranstaltung eine gute Gelegenheit zum Austausch bot. (Pr/KI)